

Reinhard Kreckel

Soziologie an den ostdeutschen Universitäten: Abbau und Neubeginn¹ **(1994)**

In den Jahren 1992 und 1993 wurden in Ostdeutschland 38 Professoren auf Universitätslehrstühle² neu berufen. Von diesen kamen 33 aus dem Westen, nur 5 aus ostdeutschen Universitäten.

Manche Beobachter mögen dies als einen krassen Fall von akademischer Kolonialisierung betrachten. Andere könnten dagegen denselben Vorgang eher als einen intellektuellen Befreiungsakt beschreiben. Es ließe sich also fragen, welche dieser beiden Betrachtungsweisen die zutreffendere ist - aber sicherlich sind sie beide zu einfach. Dieser kurze Artikel möchte deshalb einige Tatsachen und Gedanken zusammentragen, aus denen sich ein differenzierteres Bild ergibt.

1. Getrennte Ausgangspunkte

In der NS Zeit ist das Fach Soziologie an den deutschen Universitäten verkommen. Viele Soziologen wurden verfolgt oder in die Emigration gezwungen. Die Neuanfänge in **Westdeutschland** waren langsam: Zwischen 1945 und 1965 war die Rolle der Soziologie an den westdeutschen Universitäten eher marginal. Erst in der dritten Nachkriegsdekade (1965-1975),

¹ Dieser Text stützt sich auf die folgenden **empirischen Grundlagen**:

- (a) Eine kleine postalische Umfrage an den wissenschaftlichen Hochschulen Ostdeutschlands, die der Verfasser im Dezember 1993 durchgeführt hat. Die Antwortrate der angeschriebenen Institutionen betrug 100%.
- (b) Eine Analyse einschlägiger Artikel, die zwischen 1990 und Frühjahr 1994 in den Zeitschriften "Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie", "Berliner Journal für Soziologie", "Soziologie" und "DGS-Informationen" erschienen sind.
- (c) Primärerfahrungen des Verfassers, persönliche Gespräche mit Beteiligten, verschiedene unveröffentlichte Papiere.

Eine ausgearbeitete, um empirisches Tabellenmaterial ergänzte Fassung dieses Textes ist veröffentlicht in: Bernhard Schäfers (Hg.), Soziologie in Deutschland, Opladen: Leske & Budrich 1995, S. 219-236.

² Das deutsche Universitätssystem kennt zwei Arten von Lebenszeitprofessuren: Die untere Stufe (C3) ist dem Status des "associate professor" in den USA vergleichbar. Die obere Stufe (C4) entspricht dem "full professor". Gelegentlich wird für diese Stufe noch der Traditionstitel des "Ordinarius" geführt. Im vorliegenden Artikel werden C3- und C4-Professuren unterschiedslos als "**Lehrstühle**" bezeichnet.

Die in diesem Artikel verarbeiteten Angaben beziehen sich auf insgesamt 16 Institutionen, darunter auch einige Technische und Pädagogische Hochschulen, die nicht den Titel einer Universität führen. Dennoch wird in diesem Artikel der Einfachheit halber generell von "**Universitäten**" gesprochen.

dem Jahrzehnt der Universitätsreformen und der Studentenrevolte, nahm die Soziologie in der BRD einen Aufschwung. Sie zog beträchtliche Studentenzahlen an. Hauptfachstudiengänge und zahlreiche neue Soziologielehrstühle wurden an den meisten Universitäten geschaffen. Nach dieser Wachstumsperiode waren die nächsten 15 Jahre (1975 - 1990) dann sehr viel ruhiger, wenn nicht gar stagnant. Die Mobilität unter den Hochschullehrern waren sehr gering. Die in der vorherigen Zeit geschaffenen Lehrstühle waren meist von jüngeren Kollegen besetzt worden, die nun in der Mehrzahl auf den einmal erreichten Positionen verblieben. Dadurch waren für die Altersgruppe, die der "Achtundsechziger"-Generation hätte nachfolgen sollen, kaum noch Stellen an den Universitäten verfügbar. Das heißt, die nach 1990 in Ostdeutschland entstandenen neuen Karrieremöglichkeiten für Soziologen trafen mit einem beträchtlichen Mobilitätsstau unter westdeutschen Soziologieprofessoren und Privatdozenten zusammen.

In **Ostdeutschland** war die Soziologie in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten kaum existent. In den frühen Jahren der DDR hielt der parteioffizielle Marxismus das gesamte Feld besetzt. Seit Mitte der sechziger Jahre begann sich dann aber doch eine eigene "marxistisch-leninistische Soziologie" zu entwickeln. Obwohl sie stets unter enger ideologischer Kontrolle gehalten wurde, erlangte die ostdeutsche Soziologie immerhin allmählich einen gewissen Grad an intellektueller Unabhängigkeit und professioneller Selbständigkeit, besonders im Bereich der empirischen Sozialforschung. Seit den frühen siebziger Jahren erhielten drei ostdeutsche Universitäten (Berlin, Halle und Leipzig) die Genehmigung, eigene Hauptfachstudiengänge für Soziologie einzurichten. Zwischen 1975 und 1989 konnte so alljährlich ein kleine Zahl von etwa 40 ausgebildeten Diplomsoziologen die DDR-Universitäten verlassen. Der soziologische Lehrkörper an den drei genannten Universitäten bestand im Jahre 1989 aus 7 Professoren, 7 Dozenten und 33 Assistenten. Nach diesem bescheidenen Start in den siebziger Jahren konnte sich die Soziologie an den Universitäten der DDR nicht weiterentfalten. Die soziologische Forschung war vielmehr hauptsächlich in den beiden großen Akademieinstitutionen konzentriert, dem "Institut für Soziologie und Sozialpolitik" bei der Akademie der Wissenschaften der DDR und dem "Institut für Marxistisch-Leninistische Soziologie" in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Einige der fähigsten Soziologen Ostdeutschlands hatten Forschungsstellen oder Professuren an diesen einflußreichen Institutionen inne. Sie waren weitgehend unabhängig von den in ihrer Entwicklung stagnierenden Universitätsinstituten, da sie selbst das Recht hatten, Promotionen und Habilitationen durchzuführen.

2. "Abwicklung" und "doppelte Evaluierung"

Nach dem politischen Umbruch von 1989-1990 wurden die Akademieinstitute für Soziologie in Ostdeutschland geschlossen. Für die Soziologen aus der ehemaligen SED-Akademie bestand aus politischen Gründen kaum eine Chance, eine Universitätsbeschäftigung zu finden. Für die Soziologen von der Akademie der Wissenschaften wurde das sogenannte "Wissenschaftler-Integrations-Programm" (WIP) geschaffen, dessen Erfolg aber gering blieb. Bis jetzt haben nur zehn von etwa siebzig Soziologen der früheren Akademie der Wissenschaften einen zeitlich begrenzten Assoziationsvertrag mit einem Universitätsinstitut erhalten. Ihre hochgradige Spezialisierung und fehlende Lehrerfahrung mag dafür ein Grund sein. Jeder Kundige weiß

freilich auch, daß die Sympathien der ostdeutschen Universitäten für die mächtigen Akademien nie sehr groß waren.

Aber sicherlich waren die Akademieinstitute ohnehin nicht die Hauptsorge der Angehörigen der soziologischen Institute an den Universitäten von Berlin-Ost, Halle und Leipzig. Sie waren selbst stark unter Druck. Auf Grund von Zufälligkeiten der Universitätsorganisation¹ wurden die Institute für Soziologie in **Halle** und **Leipzig** Ende 1990 "abgewickelt", während **Berlin** fortbestand. Das heißt, die Klausel des Einigungsvertrages², die die Schließung der ideologisch belasteten Teile der Universitäten ermöglichte, wurde auf die soziologischen Institute in Halle und Leipzig angewandt, nicht aber auf die Berliner Soziologie, obwohl sie sich in politisch-ideologischer Hinsicht nicht erkennbar voneinander unterschieden. Dadurch verloren alle an den Universitätsinstituten in Halle und Leipzig beschäftigten Soziologen innerhalb einer kurzen Frist ihre Arbeitsplätze. Sie hatten das Recht, sich nach der Wiedergründung ihrer Institute erneut zu bewerben, sofern sie die sogenannte "doppelte Evaluation" erfolgreich durchlaufen hatten.

Der Prozedur der "doppelten Evaluation" wurden alle an ostdeutschen Universitäten beschäftigten Wissenschaftler unterworfen. Sie fand also auch auf die Soziologen an der Humboldt-Universität in Berlin-Ost Anwendung:

Zum einen mußten sich alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einer "persönlichen Evaluierung" unterziehen. Ihre persönliche Integrität wurde dabei von Kommissionen überprüft, die sich hauptsächlich aus ostdeutschen Mitgliedern zusammensetzten.

Zum anderen fand auch eine "fachliche Evaluierung" statt. Unabhängige Kommissionen überprüften dabei die wissenschaftliche Qualifikation aller Hochschullehrer und Assistenten.

Seither ist eine positive "doppelte Evaluierung" zur notwendigen Voraussetzung für jede Weiter- oder Neubeschäftigung von ostdeutschen Wissenschaftlern an ostdeutschen Universitäten geworden.

Da mehrere Mitglieder des Ostberliner Instituts für Soziologie entweder von sich aus gekündigt hatten oder an der Hürde der "doppelten Evaluierung" gescheitert waren, war letztlich die Situation in Berlin nicht allzu unterschiedlich von der in Halle und Leipzig: In allen drei Fällen waren die **alten Strukturen praktisch abgeschafft**. Nur wenige Individuen erhielten die Möglichkeit zum Bleiben, meist mit einem Statusverlust.

¹ In Halle und Leipzig wurden die soziologischen Institute Opfer ihrer organisatorischen Zuordnung: In Halle war das Institut für Soziologie ein Teil der "Sektion Wirtschaftswissenschaften", in Leipzig gehörte es zur Sektion "Wissenschaftlicher Kommunismus". Beide Sektionen wurden auf Grund politischer Entscheidungen vollständig geschlossen. Das Institut für Soziologie an der Humboldt-Universität Berlin war dagegen den Gesellschaftswissenschaften zugeordnet, die nicht "abgewickelt" wurden.

² Der Einigungsvertrag wurde von den Parlamenten der BRD und der DDR am 20. September 1990 verabschiedet. Die tatsächliche Vereinigung, mit der die DDR zu existieren aufhörte und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland übernahm, fand am 3. Oktober 1990 statt.

3. Konzeption des Neuaufbaus

Nach der deutschen Vereinigung wurde der (West-)Deutsche Wissenschaftsrat beauftragt, die wissenschaftliche Lage in Ostdeutschland zu untersuchen und Empfehlungen über die künftige Entwicklung auszusprechen. Die "Empfehlungen zum Aufbau der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an den Universitäten/Technischen Hochschulen in den neuen Bundesländern und im Ostteil von Berlin" des Wissenschaftsrates wurden am 17. Mai 1991 verabschiedet. Sie bildeten die Grundlage für einen sich herausbildenden Konsensus über die Zukunft der Soziologie in Ostdeutschland, der folgendermaßen zusammengefaßt werden kann:

- (1) Die Soziologie sollte an den ostdeutschen Universitäten sehr viel großzügiger neu aufgebaut werden als zuvor und so von ihren bisherigen ideologischen Begrenzungen und politischen Restriktionen befreit zu werden.
- (2) Zu diesem Zwecke sollten eine Reihe neuer Universitätsinstitute gegründet werden. Ein beträchtlicher Zustrom von westlichen Soziologen war für diesen Ausbau erforderlich.
- (3) Alle ostdeutschen Soziologen an den Universitäten hatten sich der Prozedur der "doppelten Evaluation" zu unterziehen. Aber es wurde erwartet, daß sich ein Kern von ostdeutschen Soziologen sowohl moralisch als auch fachlich als vollauf qualifiziert erweisen würde, um Universitätsstellen einnehmen zu können.
- (4) Es wurde außerdem davon ausgegangen, daß die ostdeutschen Soziologen auf Grund ihrer besonderen Qualifikation und persönlichen Erfahrung einen gewichtigen Beitrag zum Neuaufbau der Soziologie in Ostdeutschland zu leisten hätten.
- (5) Deshalb war es das Ziel, "gemischte" Institute für Soziologie an den ostdeutschen Universitäten aufzubauen, in denen ost- und westdeutsche Soziologen gleichrangig zusammenarbeiten sollten.
- (6) Die Minimalausstattung für jedes Institut mit einem soziologischen Hauptfachstudienangang war ein Kern von vier Professuren: Soziologische Theorie und ihre Geschichte; Methoden der empirischen Sozialforschung; Makrosoziologie; Mikrosoziologie. Zusätzlich wurde die Einrichtung von ein- bis zwei weiteren Lehrstühlen für Spezialgebiete empfohlen. Jede Professur sollte von zwei Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter begleitet sein. Außerdem sollte jeweils ein modernes Methodenlabor eingerichtet und mit zwei bis drei Funktionsstellen ausgestattet werden.
- (7) Da die Akademieinstitute und verschiedene andere spezialisierte Sozialforschungseinrichtungen in Ostdeutschland aufgelöst worden waren, stand eine beträchtliche Anzahl von qualifizierten Soziologen vor der Arbeitslosigkeit. Als Gegenmaßnahme wurde die Gründung einer aus öffentlichen Mitteln finanzierten "Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern" (KSPW) vom Wissenschaftsrat empfohlen und in der Folgezeit vollzogen. Während einer Übergangszeit finanziert die KSPW Projekte der sozialwissenschaftlichen Transformationsforschung und bietet damit vorübergehend Beschäftigungsmöglichkeiten für eine begrenzte Zahl von ostdeutschen Soziologen.

Zur Zeit sind die Berufsaussichten für ehemalige DDR-Soziologen außerhalb der Universitäten unklar und nicht sehr vielversprechend. Viele haben der Soziologie bereits den Rücken gekehrt.

Andere bemühen sich, private Forschungsinstitute in Gang zu bringen. Deren Zukunft ist unsicher, denn die westdeutsche Konkurrenz ist stark. Nur wenige dieser ostdeutschen Sozialforscher stehen noch in Kontakt mit den Universitäten.

Aber genau hier, in den erneuerten Universitäten Ostdeutschlands, wird der Grundstein für positive Neuentwicklungen gelegt. Nach Abschluß des schmerzlichen Evaluierungsprozesses entsteht damit neue Hoffnung für die Soziologie an den Universitäten. Diesen wende ich mich jetzt zu.

4. Gegenwärtige Lage

Der Umfang, die Qualität und die Geschwindigkeit des Neuaufbaus der Soziologie an den Universitäten in Ostdeutschland sind geradezu spektakulär. 1989 gab es insgesamt nur etwa ein Dutzend Universitätsprofessoren für Soziologie, von denen sieben für die drei Hauptfachstudiengänge in Berlin, Halle und Leipzig zuständig waren. Vier Jahre später, Ende 1993, waren bereits 38 Lehrstühle besetzt. Bis zum Ende des Jahres wird die volle Stärke von mindestens 50 Soziologieprofessuren erreicht sein. Anstatt der etwa 40 Dozenten und Assistenten, die 1989 dem Lehrkörper der drei mit Hauptfachstudiengängen ausgestatteten Institute für Soziologie in der DDR angehörten, werden 5 Jahre später rund 100 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Fach Soziologie vorhanden sein. Anstelle von nur 3 Universitäten mit einer begrenzten Zahl von Studienplätzen für Soziologen sind es heute bereits 8, in denen offene Hauptfachstudiengänge für Soziologie angeboten werden: Neben den bereits existierenden Standorten in Berlin-Ost, Halle und Leipzig wird Soziologie jetzt auch an den Universitäten von Chemnitz (früher Karl-Marx-Stadt), Dresden, Jena, Magdeburg und Potsdam im vollen Umfang gelehrt. Zum ersten Mal seit 1933 sind in diesem Teil Deutschlands Lehre und Forschung der Soziologie wieder frei und uneingeschränkt an den Universitäten möglich. In kürzester Zeit wird wieder Anschluß an den internationalen Standard gefunden.

Freilich, diese erfolgreiche Entwicklung hatte ihren Preis. So kritisch man auch hinsichtlich der intellektuellen und professionellen Qualität der DDR-Soziologie sein mag, man kann doch nicht leugnen, daß die meisten der Kollegen, die sie repräsentiert haben, sehr plötzlich überrollt und hintangesetzt wurden. Ihre Bemühungen, eine autonome Reform in Gang zu bringen, wurden schnell von den neuen Entwicklungen überholt.

Andererseits, die zuvor zitierte Relation von 33 mit westlichen und 5 mit östlichen Soziologen besetzten Lehrstühlen ist nicht ganz so dramatisch, wie sie auf den ersten Blick erscheint: Betrachtet man nämlich das Zahlenverhältnis als Ausdruck eines offenen akademischen Arbeitsmarktes, so ist es keineswegs außergewöhnlich.

Zunächst muß an einige Tatsachen erinnert werden: Zum Zeitpunkt der Vereinigung war die Bevölkerung der BRD (63 Millionen) etwa viermal so groß wie die der DDR (16 Millionen). Der Entwicklungsstand der Soziologie in den beiden früheren deutschen Staaten war noch sehr viel ungleichgewichtiger, ungefähr im Verhältnis von 20 zu 1. So waren zur Zeit der Wende in Westdeutschland etwa 250 Universitätsprofessoren für Soziologie tätig, gegenüber einem bloßen Dutzend in der DDR. Die Zahl der vollqualifizierten Soziologen in Westdeutschland, die üblicherweise zitiert wird, beläuft sich auf ca. 15.000; die entsprechende Zahl für die DDR liegt

bei etwa 500. 45 Universitäten in der BRD boten Hauptfachstudiengänge im Fach Soziologie¹ an, nur 3 in der DDR, usw.

Mit anderen Worten, betrachtet man sowohl das niedrigere Entwicklungsniveau der ostdeutschen Soziologie als auch den Größenunterschied der zwei "Populationen" von Soziologen, so ist das Ergebnis nicht überraschend. Sobald ein gesamtdeutscher Markt für die Besetzung von soziologischen Professuren entstanden war (und zusätzlich die Tradition des "Hausberufungsverbots" wiederbelebt wurde)², konnte die Logik des freien Wettbewerbs ihren Lauf nehmen.

Fügt man dem nun den zuvor erwähnten Umstand hinzu, daß in Westdeutschland ein "Stau" von hochqualifizierten Soziologen zur Verfügung stand, so wird klar, daß die ursprüngliche Idee, "gemischte" Institute für Soziologie zu berufen, eine Illusion war: Die westdeutschen Bewerber waren dafür zu stark und zu zahlreich.

Soziologen hätten wissen können, daß die Idee der "Mischung" von zwei Gruppen ungleicher Stärke nur dann hätte erfolgreich sein können, wenn sie von wirksamen Maßnahmen des Minderheitenschutzes gestützt worden wären. Das aber ist nicht geschehen - vielleicht zu Recht. Denn ich bin der Auffassung, daß die erzwungene Immobilität zu den unglücklichen Schwächen der DDR-Soziologie gehört hat, die nicht weitergeführt werden sollten. Es wäre sicherlich sehr viel klüger, die Anbindung qualifizierter ostdeutscher Soziologen an westliche Universitäten zu ermutigen und zu unterstützen. Allerdings, soweit ich weiß, hat bis jetzt keine einzige westdeutsche Universität einen Soziologieprofessor aus der früheren DDR rekrutiert. In dieser Hinsicht ist der akademische Arbeitsmarkt für Soziologen in Deutschland also noch ganz einseitig.

5. Geschlecht, Alter und Erfahrung der Wissenschaftler an den neuen Instituten

Von den 38 bis jetzt besetzten Professuren für Soziologie sind 26 nach C4, 12 nach C3 eingestuft. Die fünf neuberufenen ostdeutschen Kollegen erhielten alle C3-Professuren.

Unter den 26 neuen C4-Professoren haben 14 bereits vorher Universitätsprofessuren innegehabt. Zur Zeit ihrer Ernennung in Ostdeutschland waren sie zwischen 45 und 55 Jahre alt. Sie brachten also eine beträchtliche Lehr- und Verwaltungserfahrung an die ostdeutschen Universitäten mit. Weniger offensichtlich ist dies hinsichtlich der anderen C4-Professoren, die aus den zuvor erwähnten starken Generationen von westdeutschen Privatdozenten rekrutiert wurden. Aus demographischen Gründen war ihre bisherige Chance, auf einen Lehrstuhl berufen zu werden, sehr klein.

Ein derartiger kollektiver "Sprung" vom Privatdozent zum Ordinarius ist im deutschen Universitätssystem ganz ungewöhnlich. Es wird sich deshalb in der Zukunft erweisen müssen,

¹ Es handelt sich dabei um Studiengänge, die entweder zu einem M.A. und/oder zu einem Diplom mit Soziologie als Hauptfach führen. Die Zahl "45" stützt sich auf eine persönliche Mitteilung von Siegfried Lamnek.

² In der DDR war die traditionelle deutsche Regel des "Hausberufungsverbot" nicht mehr in Kraft. Sowohl der politische Dirigismus als auch die geschlossenen Grenzen der DDR verhinderten freie Mobilität.

ob die neu berufenen Professoren eher vom Geist intellektueller und institutioneller Erneuerung getragen sind oder ob Wolfgang Schluchter Recht behält, wenn er sagt:

"Einige erstklassige ältere Wissenschaftler fanden den Weg nach Osten, auch einige vielversprechende Junge. Aber aufs Ganze gesehen rückte doch eher die zweite Garnitur des Westens in die ostdeutschen Positionen ein."¹

Unter den 38 bis Ende 1993 amtierenden Professoren für Soziologie in Ostdeutschland sind **nur fünf Frauen**. Dieser Umstand ist wiederholt kritisiert worden. Es muß im übrigen auch daran erinnert werden, daß nur an zwei der 8 Institute, die einen Hauptfachstudiengang für Soziologie anbieten, eine Frau berufen worden ist.² Die Frauen- oder Geschlechterforschung ist also offensichtlich kein Gegenstand, der bei der Einrichtung neuer Soziologieprofessuren in Ostdeutschland hohe Priorität genossen hat.

Nun wäre es sicherlich zu einfach, diese Sachlage mit dem Hinweis auf eine "männliche Verschwörung" zu erklären. Viel eher handelt es sich dabei um die unglückliche Kehrseite des wohl wichtigsten Durchbruchs für die gesamte deutsche Soziologie, der im Zuge des Neuaufbaues der ostdeutschen Universitäten erreicht worden ist: Die ursprüngliche Empfehlung des Wissenschaftsrates bezüglich der **vier unverzichtbaren Säulen der Soziologie** (also: der Einrichtung von Professuren für Theorie, Methoden, Makro- und Mikrosoziologie) ist allgemein akzeptiert und in den ostdeutschen Universitäten auch weitgehend realisiert worden. Viele westdeutsche Universitäten können davon nur träumen. Für sie wäre es ein großer Fortschritt, wenn dieses Modell überall in Deutschland als normativer Standard Anerkennung fände.

Der Nachteil dieses bedeutenden Schrittes im Institutionalisierungsprozeß der Soziologie in Deutschland ist aber, daß er unweigerlich zur Entstehung einer Orthodoxie führt: Wer nicht an dem institutionell definierten Kern der Soziologie Anteil hat, dem fällt eben nur eine marginale Rolle zu.

Genau das ist nun mit der soziologischen Frauen- und Geschlechterforschung geschehen. Freilich wäre es auch schwer vorstellbar, wie die Kategorie "Geschlechts" selbst zu einer fünften Säule des "orthodoxen Kerns" der Soziologie hätte werden sollen. Die erfolgversprechendste Strategie ist es deshalb wahrscheinlich, einfach bei den Kernthemen "mitzumischen". Warum sollte es denn so ausgeschlossen sein, den soziologischen Kernbereich von Theorie, Methoden, Makro- und Mikrosoziologie zunehmend für die Geschlechterproblematik zu sensibilisieren und damit zu bereichern?

Das mag unbefriedigend klingen, aber immerhin gibt es empirische Belege, die in die gleiche Richtung deuten: Wenn wir ein Blick auf die **72 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter** für Soziologie werfen, die Ende 1993 an den ostdeutschen Universitäten beschäftigt

¹ W. Schluchter, 'Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig', in: Berliner Journal für Soziologie 4/1994: 105.

² Diese Ausnahme ist Hildegard Maria Nickel an der Humboldt-Universität Berlin.

waren, so stammten zwei Drittel aus dem Westen, ein Drittel aus Ostdeutschland. Die Geschlechtsverteilung dieser Gruppe ist sehr aufschlußreich: 42% sind Frauen, während der übliche Frauenanteil am Mittelbau in Westdeutschland nur bei 20 - 25% liegt. Der größte Teil dieser Mitarbeiterpositionen sind Zeitstellen, die der Weiterqualifikation dienen sollen, also: der Promotion oder Habilitation. Da nun der Frauenanteil in diesen Positionen in Ostdeutschland relativ hoch ist, so besteht immerhin die Möglichkeit, daß sich daraus auch ein erhöhter Anteil von Frauen ergibt, die die für akademische Karrieren erforderlichen Qualifikationen erwerben.

Weiterhin ist zu bedenken, daß die meisten dieser Mittelbaumitglieder direkt einer Professur zugeordnet sind, die auf eines der vier Kerngebiete des Faches (Theorie, Methoden, Makro- oder Mikrosoziologie) zugeschnitten ist. Deshalb ist es nicht unwahrscheinlich, daß auch die Qualifikationsarbeiten ihrer Mitarbeiterinnen zu einem guten Teil in diesen Zentralbereichen der Soziologie abgeschlossen werden, und nicht in peripheren Gebieten, z.B in der Geschlechterforschung.

Dies mag nun allerdings eine allzu optimistische Interpretation sein. Betrachten wir nämlich die Geschlechtsverteilung des akademischen Mittelbaues genauer, so finden wir das 73% der aus dem Osten stammenden Mitarbeiter Frauen sind, aber nur 29% der aus dem Westen überwechselt. Diese große Differenz könnte entweder nur der empirische Ausdruck eines "cultural lag" sein, also: eine Reminiszenz an die sehr hohe Frauenerwerbsrate in der ehemaligen DDR, die jetzt rasch zurückgeht. Oder es könnte sich dabei um ein erstes Anzeichen für eine vielversprechende Neuentwicklung handeln, die vom Osten ihren Ausgang nimmt. Beide Lösungen sind möglich. Von praktischen Entscheidungen und praktischem Handeln wird es abhängen, welche von beiden realisiert wird.

6. Die Akteure des Neubeginns

Die erste Stufe des Neuaufbaus der Soziologie in Ostdeutschland wurde von einer relativ kleinen Gruppe von westdeutschen Soziologen bewerkstelligt. M. Rainer Lepsius (Heidelberg), Rolf Ziegler (München) und Hans-Jürgen Hoffmann-Nowotny (Zürich) waren die Repräsentanten der Soziologie in der zuständigen Unterkommission des Wissenschaftsrates. Andere wirkten als Mitglieder von Länderstrukturkommissionen.¹

Von unmittelbarer Bedeutung waren aber vor allem die "Gründungs- und Berufungskommissionen" der einzelnen Universitäten. Sie leiteten den Aufbau der neuen Institute ein und stellten die Berufungslisten auf. Nach meinen Informationen sind 31 westdeutsche Soziologie-Professoren in solchen Kommissionen tätig geworden. Sie waren an der Gründung von elf Instituten für Soziologie beteiligt.²

¹ In Berlin: Renate Mayntz (Köln); in Brandenburg: Barbara Riedmüller (Berlin-West); in Sachsen-Anhalt: Wolfgang Schluchter (Heidelberg).

² Es handelt sich dabei um die Institute für Soziologie in Berlin-Ost, Chemnitz, Dresden, Erfurt, Frankfurt/Oder, Halle, Jena, Leipzig, Potsdam, Rostock. Über soziologische Kommissionsmitglieder in Cottbus und Weimar lagen keine Informationen vor.

Wie es zur Auswahl und Ernennung dieser Gruppe von Kommissionsmitgliedern gekommen ist, ist bis jetzt noch nicht eindeutig dokumentiert worden. Es wäre sicherlich ein spannender Forschungsgegenstand. Geht man die Liste der soziologischen Kommissionsmitglieder durch¹, so finden sich darin viele angesehene Namen: Fünf gegenwärtige oder frühere Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS), eine Reihe früherer Vorstandsmitglieder der DGS, Herausgeber wichtiger soziologischer Fachzeitschriften, Fachgutachter bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), usw.

Der wohl einflußreichste einzelne Akteur war aber zweifellos Professor M. Rainer Lepsius von der Universität Heidelberg. Er war nicht nur, wie bereits erwähnt, Mitglied der wichtigen Unterkommission für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Wissenschaftsrates, der es gelang, den Kernbestand der Soziologie zu definieren und dieser Definition Anerkennung zu verschaffen. Er war auch selbst Gründungsdirektor und Vorsitzender der Berufungskommission in Halle. Außerdem gehörte er den Kommissionen in Leipzig, Jena und Erfurt als Mitglied an.

Freilich gibt es für jeden Kenner der westdeutschen Soziologielandschaft auch signifikante Absenzen in der Namensliste der Akteure des Neubeginns. Um diese Absenzen zu erklären, bedürfte es zusätzlicher Informationen, über die ich jetzt nur spekulieren könnte. Immerhin möchte ich aber einige vorsichtige Verallgemeinerungen versuchen:

Die allgemeine Ausrichtung der meisten Berufungen, ebenso wie die der Mehrzahl der Mitglieder der Berufungskommissionen, ist eher weberianisch als marxistisch.

Weder die Systemtheorie noch die Kritische Theorie sind stark vertreten, und auch "postmodernen" Tendenzen in der Soziologie scheint keine größere Aufmerksamkeit beigemessen worden zu sein.

Quantitative Methoden sind gegenüber qualitativen im Übergewicht, und die interpretative Soziologie ist eher schwach repräsentiert.²

Frauen fehlen bei der soziologischen Fachvertretung in den Berufungskommissionen.³

Möchte man diese verallgemeinernden Beobachtungen zu einem Gesamteindruck verdichten, so könnte man vielleicht von einer **Koalition des soliden soziologischen "Mainstream"** sprechen, die die Initiative beim Neuaufbau der Soziologie in Ostdeutschland ergriffen hat.

Diese wenigen Vermutungen mögen den Appetit zukünftiger Historiographen der Soziologie anregen. In der gegenwärtigen Situation ist es freilich von viel größerer Bedeutung herauszufinden, was die hundertköpfige Gruppe von westlichen Soziologieprofessoren und Mitarbeitern, die sich nach Ostdeutschland aufgemacht haben, tatsächlich **tun** werden. Werden sie pendelnde "Spagatprofessoren" und vorrübergehende Zaungäste bleiben, für die Karrieregesichtspunkte und "business as usual" die Leitmotive bleiben? Oder wird es durch ihr Zutun einen innovativen Neuanfang geben?

¹ In alphabetischer Reihenfolge: Baethke, Bolte, Bohnsack, Bühl, Clausen, Elwert, Endruweit, Esser, Hamm, Hartmann, Joas, Kaufmann, Klages, Kohli, Lepsius, Meulemann, U.Müller, Neidhardt, Ostner, Rosenbaum, Schäfers, Schluchter, G. Schmidt, Stichweh, Streeck, Stromberger, Weymann, Vascovics, Wippler, Zapf, Ziegler.

² Erkennbare Ausnahmen sind hier: Magdeburg und Potsdam.

³ Ausnahme wiederum: Magdeburg.

7. Perspektiven

Die Möglichkeiten für eine Erneuerung sind gegeben. Über die Ergebnisse wird vor allem das tatsächliche Handeln der jetzt an den ostdeutschen Universitäten arbeitenden Soziologinnen und Soziologen entscheiden.

Ihre Handlungsbedingungen sind insgesamt sehr günstig: Es gibt ein hohes Maß an gutem Willen in den Universitäten und bei den verantwortlichen Ministerien in Ostdeutschland. Die finanzielle Ausstattung der sogenannten "Gründungsprofessuren" ist ungewöhnlich gut. Und vor allem kann der Prozeß des Neuaufbaus fast überall unbehindert von sogenannten "Altlasten" in Angriff genommen werden.

Die Kehrseite der Medaille ist der nahezu totale Austausch der Eliten. Die ältere Generation früherer DDR-Soziologen ist der Transformation weitgehend zum Opfer gefallen. Auf der Mittelbauebene sind die Chancen für jüngere ostdeutsche Soziologen trotz aller Umsstellungsschwierigkeiten doch deutlich besser. Da das DDR-System der zeitlich unbegrenzten Assistentenposten abgeschafft worden ist, sind die übernommenen oder neu eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Ostdeutschland selbstverständlich verpflichtet, am offenen akademischen Markt Wettbewerb teilzunehmen. Aber sie können auch von der Aufhebung der politischen und intellektuellen Beschränkungen sowie von der Schaffung neuer Stellen profitieren.

In einem Punkt hat die Gruppe der vormals westdeutschen Soziologen¹, die Professuren in Ostdeutschland angetreten haben, einen besonderen Vorteil: Als Wanderern zwischen zwei deutschen Lebenswelten ist für sie eine "kosmopolitische" Wahrnehmungsweise fast unumgänglich. Das ist eine gute Ausgangsposition, um die lokale Beschränktheit der Perspektiven zu überwinden, die das Weltbild der meisten ehemaligen BRD- und DDR-Bürger noch immer prägt.

Außerdem wird ihnen der ständige Kontakt mit Studenten aber auch helfen, die Altersbarriere der sozialen Wahrnehmung zu durchbrechen: Studenten, die in diesem Jahr ins erste Semester kommen, sind gerade 14 oder 15 Jahre alt gewesen, als die Mauer in Deutschland fiel. Für jeden neuen Studentenjahrgang wird die deutsche Teilung weiter und weiter in den Hintergrund der persönlichen Erinnerung verschwinden, während die strukturellen Folgen dieses historischen Geschehens ihr Leben noch für lange Zeit beeinflussen werden. In dauerndem Kontakt mit immer neuen ost- und westdeutschen Studenten arbeiten zu können wird ihren Lehrern eine einmalige Primärerfahrung über die schrittweise Veränderung der deutschen Gesellschaft vermitteln. Wie sollte das nicht auch den Studenten zugutekommen?

Auf jeden Fall ist damit sicherlich eine ausgezeichnete Grundlage für die Schaffung einer "Soziologie für das Zeitalter nach dem eisernen Vorhang" gegeben, die wir alle so dringend benötigen.

¹ Zwei der ostdeutschen Soziologieprofessuren sind mit österreichischen Kollegen besetzt worden.